

Die Vorarbeiten des Bundesrathes für die Reichstagsession.

Unter Berliner — Correspondent schreibt:
Die sogenannten Ministerkassen des Bundesrathes, eine Einrichtung, welche man der neuen, so wenig zur That gewordenen Geschäftsordnung des Bundesrathes verdankt, sollten nach ausdrücklicher Versicherung der Officiellen einerseits um die Mitte, andererseits gegen Ende des Januar stattfinden; indessen ist der Monat vergangen, ohne daß davon die Rede war. Allem Anschein nach sind die Ministerkassen nun aufgegeben oder für ganz bestimmte einzelne Fälle reservirt. Wie man hört, wird eine Anzahl bundesrathlicher Minister ganz in derselben Weise, wie dies früher schon geschehen, gegen Eröffnung des Reichstages in Berlin eintreffen und der letzteren wie der Berathung über besonders wichtige Vorlagen, so weit dieselben für einzelne Regierungen besonders wichtig sind, beizubohnen. Zu „besonderen Ministerkassen“ wird es um so weniger kommen, als im Augenblick Stoff für dieselben nicht vorliegt. Möglich, daß man sich zu solchen Berathungen entschließt, sobald die von uns mehrfach angeordneten Vorarbeiten zu Entwürfen von sehr erheblicher Bedeutung in der That zu weiterer legislativischer Verwerthung führen sollten.

Einzelne der im vorigen Jahre im Reichstage unerledigt gebliebenen Vorlagen, über deren Wiedereinbringung sich der Bundesrath schlüssig zu machen hatte, sind, wie nachträglich bekannt wird, doch ohne wesentlichen Widerspruch durchgegangen. Die Officiellen wissen darüber bezüglich des Stempelsteuer-Gesetzes zu berichten. Wie aus mitgetheilt wird, hätte auch das Gesetz wegen Einführung zweijähriger Staats- und vierjähriger Legislaturperioden zu umfangreichen Erörterungen geführt. Schließlich ist das Gesetz gegen die Stimmen von Hessen und Bremen angenommen worden. Ein Antrag Baierns, der darauf gerichtet war, wenigstens die Beibehaltung der alljährlichen Einberufungen des Bundesrathes zu ermöglichen, wurde abgelehnt und der Entwurf befähigt unverändert angenommen. Im Reichstage hat derselbe unter den obwaltenden Umständen wenig oder gar keine Aussicht auf Annahme.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Februar.

11 Uhr. Am Ministerische Bitter, Friedberg und Commissarien.
Die dritte Beratung des Staats wird fortgesetzt. Bei dem Etat der Baubewirtschaftung bemerkt Abg. Berger: Bekanntlich hatten die hiesigen Privatarchitekten in einer zu Anfang d. J. den Mitgliedern des Hauses zugegangenen Denkschrift als wahrhaftes und einziges Hilfsmittel gegen die Kollisionsgefahr des Staatsbauwesens die Generalentreprise durch Privatarchitekten empfohlen, woran ich seiner Zeit die Bemerkung geknüpft hatte, es sei das nichts anderes als die Uebertragung des früher so perhorrescirten Stroussberg'schen Systems auf das Gebiet der Staatsbauten. Durch Mittheilungen, die mir später durch die hiesigen Privatarchitekten zugegangen sind, habe ich mich überzeugt, daß meine damalige Behauptung in dem von mir beliebten Umfang nicht ganz zutreffend ist. Sie hatten nämlich in ihrer Denkschrift ihre Forderung nur auf eine gewisse genau charakterisirte Klasse von Staatsbauten, die in das Gebiet künstlerischer Thätigkeit fallen, beschränkt. Mit dieser Einschränkung kann ich mich vollständig einverstanden erklären und es gerichte mir zur Freude bei diesem Anlaß meine damalige Behauptung auf das richtige Maß zurückführen zu können.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Sie erinnern sich wohl, daß der Abg. Reichensperger vor einem Jahre über die Reorganisation der Bauakademie sprach und mit der Bitte an den Minister schloß, eventuell sie zu schließen und den Schlüssel in die Spree zu werfen. Ich secundirte ihm dabei, und weil ich Late in der Kunst- und Baugeschichte bin, sagte ich das ausdrücklich und fügte unter einer gewissen Heiterkeit des Hauses hinzu: es sei ja wohl nicht unbedingt nöthig, daß man über eine Sache Sachverständiger sei, um hier darüber zu sprechen. Aus dieser Aeußerung ist in der Presse, und zwar in ziemlichem Umfang, z. B. in der „Kölnischen“ und im „Wochenblatt für Architekten und Ingenieure“, vielfach Capital geschlagen worden, als hätte ich sagen wollen: ich hielte den Abg. Reichensperger für einen Ignoranten in der Kunstgeschichte, während ich diesen Titel doch nur für mich in Anspruch nahm. (Heiterkeit.) Wie dies Mißverständnis in die Presse gekommen ist? Ich glaube zuerst, es sei böswillig geschehen, nehme das aber sehr gern zurück. Es ist ganz gewiß nur zufällig gewesen. Die „Kölnische Zeitung“ hat sich wahrscheinlich über meine Rede nur aus dem Bericht ihres eigenen Reporters informiert, der gewiß recht schlecht gewesen ist, und daraus wird das Mißverständnis entstanden sein. Es ist schon öfter darüber gelaugt worden, wie wunderbar die Berichte der liberalen Zeitungen, namentlich über die Reden der Rechten, ausfallen. Ich habe oft das Bedürfnis, mich in der christlichen Demuth zu üben, und wenn ich das thun will, dann gehe ich stets in das Sitzungszimmer und suche meine Reden in den liberalen Zeitungen. Da rede ich immer geradezu unsterblichen Blödsinn. (Heiterkeit.) Die einzige Zeitung, die ich ausdrücklich ausnehmen muß, ist die „Vossische“, sie referirt sehr objectiv, sie geht so weit, daß sie meine Reden sogar mitunter stenographisch bringt. Auf Veranlassung des Abg. Reichensperger habe ich nun versucht, die Sache zu berichtigen durch einen Brief an ihn, den er dann veröffentlichte. Das Mißverständnis hat aber fortgedauert. Am 1. December v. J. sprach der Abg. Reichensperger abermals über dieselbe Angelegenheit und nannte mich dabei. Er erwartete auch wohl, ich würde wieder secundiren. Das that ich aber nicht, und daraus ist dann wieder in den Zeitungen gefolgert worden, ich mißbilligte seine Ausführungen.

Die Sache hängt aber anders zusammen. Ich habe mich am 1. December eines Vergebens schuldig gemacht, das mir gerade nicht oft passiert: ich hatte die Sitzung geschwänzt und da habe ich natürlich nicht secundiren können. Ich halte mich deshalb heute für verpflichtet, meine Stellung zum Abgeordneten Reichensperger deutlich zu präcisiren und zu erklären, daß ich ihn für eine der ersten deutschen Autoritäten auf dem Gebiete der Kunst- und Baugeschichte halte. Ich folge ihm fast ganz in allen Ausführungen, die die Kunst betreffen, ganz besonders in seiner Vorliebe für Gothik und germanische Baukunst, in seiner Ansicht, daß die Bestimmung eines Gebäudes mit der Fassade, mit seinem Aeußeren immer im directen Zusammenhang stehen müsse, wenn der Bau überhaupt künstlerisch sein soll. Wo ich vielleicht etwas abweichend von ihm, das ist der Punkt der Kubikatur, da verfolge ich vielleicht etwas mehr als er. (Heiterkeit.) Indessen stimme ich doch auch wieder ganz mit ihm überein darin, daß die Backstein in der Nationalgalerie mir auch nicht gefällt. Es ist darin ein phantastisch mythologischer Gegenstand keineswegs ideal, sondern in einer so realistischen Weise behandelt, daß sie geradezu comisch wird. Der Herr Vertreter des Cultusministeriums für die Kunst behandeln, nur aber immer falsch. Ja, meine Herren wenn diese Backstein nicht, ein probocirendes Frauengemüth, das sich auf einem Panther ficht, dann möchte ich in der That wissen, wo die unfeinen Objecte anfangen. (Heiterkeit.) Ich möchte wirklich bitten, daß diese Backstein, wie Herr Reichensperger bereits gewünscht hat, in ein besonderes Gemach der Nationalgalerie eingesperrt wird. Das wird gewiß in jeder Richtung sehr nützlich sein. Einmal werden die Väter, die mit ihren Töchtern hingehen, sich nicht mehr an diesem probocirenden Frauengemüth vorbeibräuen müssen, und dann wird der Besuch der Nationalgalerie vielleicht für ein gewisses Publikum noch viel zahlreicher werden, namentlich wenn noch ähnliche Gegenstände ebenfalls in dieses geheime Cabinet verwiesen werden. (Heiterkeit.)

Bei dem Etat für Handel und Gewerbe bemerkt Abg. Richter: Verehrt bei der ersten Lesung hatte ich Veranlassung genommen, über die Verordnungen, betreffend die Errichtung eines Volkswirtschaftsraths zu sprechen. Seitdem ist derselbe hier zusammengetreten. Der Herr Handelsminister hat ihn mit einer Rede eröffnet, die allerdings für den Volkswirtschaftsrath sehr schmeichelhaft gewesen ist, weniger aber für die Parliamente. Ich halte deshalb für geboten, mit einigen Bemerkungen auf diese Rede einzugehen. Uns gefällt jedenfalls die Zusammenfassung der gegenwärtigen Parliamente auch nicht. Bieleicht sind aber gerade wir, die wir hier in der Minderzahl auftreten, desto unparteiischer im Urtheil über die jetzt angeregte Frage zwischen Parlament und Volkswirtschaftsrath. Sie, meine Herren, sagten der Kanzler zum Volkswirtschaftsrath, werden uns die Sachstände aus dem praktischen Leben entgegenbringen. Es sei nicht Zufall, sagte der Kanzler, sondern Folge der an dem heimischen Herd gebundenen Thätigkeit, daß die Vertreter der Landwirtschaft und noch mehr die Vertreter von Handel und Gewerbe nicht im gleichen Maße als die gelehrten Berufsstände an der parlamentarischen Thätigkeit theilnehmen können, daher in derselben in der Regel als Minderheit erscheinen, obgleich sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Dem Herrn Handelsminister scheint darnach nicht bekannt zu sein, daß in diesem Hause 172 Landwirthe und Gutsbesitzer vertreten sind und im deutschen Reichstag 148, im Herrenhaus sogar unter 250 Mitgliedern allein 184 Großgrundbesitzer. Jedenfalls wird man nicht leugnen können, auf welchem politischen Standpunkt man auch stehen möge, daß diese Hunderte von Grundbesitzern im Reichstage, hier und im Herrenhaus eine Summe von praktischer Kenntniss und Erfahrung repräsentiren, der gegenüber die 21 Landwirthe im Volkswirtschaftsrath kaum ins Gewicht fallen können, wie man auch über die Einzelnen denken mag. Wenn ein Unterschied zwischen den Landwirthen in den Parlamenten und dem Volkswirtschaftsrath vorhanden ist, so besteht derselbe darin, daß hier meistens eine Anzahl Hofbesitzer und einfacher Oekonomen vertreten sind, während der ganze große Bauernstand im Volkswirtschaftsrath höchstens durch einen einzigen Hofbesitzer vertreten ist. Nur 4 Herren dort nennen sich Gutsbesitzer, alle übrigen sind Ritterguts- oder Fideicommissbesitzer.

Nun hat der Herr Handelsminister gerade in Bezug auf die geringe Zahl der Landwirthe gesagt, daß es weniger auf die Zahl als auf das Gewicht der einzelnen Stimmen ankomme. Auffallender Weise sind gerade solche conservativ-bourgeoise Grundbesitzer, denen in den landwirtschaftlichen Vertretungskörpern das größte Gewicht beigemessen wird, nicht in den Volkswirtschaftsrath berufen. Unter Gewicht wird der Herr Handelsminister wohl nur den Stein meinen, den die betreffenden Landwirthe bei ihm im Brette haben. Auch von Kaufleuten und Gewerbetreibenden sitzen hier mehr als 30 und im Reichstage mehr als 40. Letzteren, deren Rath bei den Industriezweilen vorzugsweise befolgt ist, spricht der Herr Handelsminister namentlich die praktische Sachkenntnis ab. Nach der Rede des Handelsministers aber könnte man meinen, daß die Volkswirtschaft jetzt nur aus Beamten und Gelehrten bestünde. Wenn der Volkswirtschaftsrath überhaupt eine Vertretung ist, so vertritt er nur den Fürsten Bismarck, der ihn ausgewählt hat. Bis auf 18 Personen vertreten die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths ausschließlich das Interesse des Großcapitals, der Großindustrie, des Großgrundbesitzers und des Handels. Von den Millionen landwirtschaftlichen Arbeiter ist überhaupt kein einziger im Volkswirtschaftsrath. Wir dagegen sind von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt, und wenn diese Wahl mitunter auf Geisteskräfte, Rechtsanwälte, Richter oder sogenannte Gelehrte fällt, so läßt sich vielleicht die Bevölkerung von der Anschauung leiten, daß dieselben den wirtschaftlichen Gegenständen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber eine unbefangene Stellung einnehmen. Allerdings sitzen im Parliamente zu viel Beamte, namentlich von der Regierung abhängige Verwaltungsbetriebe.

Wir haben es zu bedauern, daß Landwirthe und Gewerbetreibende, also praktische Sachkenner im Sinne des Reichstages, bei der letzten Wahl keinen Landrath und Präsidenten unterlegen sind. Vielleicht nehmen die Landräthe sich des Fürsten Bismarck Rede so sehr zu Herzen, künftig den unabhängigen Männern der Praxis die Wahl weniger zu erschweren. Fürst Bismarck pries es im Volkswirtschaftsrath, daß hier diejenigen zu Worte kommen, die die Wirkungen der Gesetze am meisten zu empfinden haben. Ob er diesen Grundsatz consequent zur Anwendung bringen will, bezweifle ich. Beispielsweise für sein neues Gesetz über die Trankucht müßte er ein eigenthümliches Collegium zusammenrufen. (Heiterkeit.) Zuletzt ist es das Publikum im Großen und Ganzen, welches die Wirkung schlechter Gesetze empfindet, z. B. des neuen Zolltarifs. Das Unfallversicherungs-Gesetz hat seine nächste Wirkung für die Arbeiter. Gleichwohl sind im Volkswirtschaftsrath höchstens 3 Arbeiter, welche von diesem Gesetz betroffen werden. Wird Jemand glauben, daß die Arbeiter Rädung aus Jheboe, Triloff aus Stettin und Ramin aus Berlin die ganze Sachkenntnis der Arbeiter über Unfallversicherungen repräsentiren? Der Inhalt des Unfallversicherungs-Gesetzes ist, wie auf den ersten Blick erkennbar, derart aus der Theorie und bureaukratischen Auffassung herausgeschrien, daß gerade ihm gegenüber die ausgebreitetste Sachkenntnis zum Wort kommen mußte. Wollen wir diese Sachkenntnis wirklich nutzbar machen, so müßte jede politische Richtung das Recht haben, Sachverständige aus den Arbeiterkreisen nach Berlin zu berufen. In Bezug auf das vom Volkswirtschaftsrath vorgelegte Zünnungs-Gesetz können höchstens 6 Handwerksmeister und 3 Gesellen im Volkswirtschaftsrath als Sachverständige angesehen werden. Man hat aber auch hier Personen ausgewählt, von denen nicht bekannt geworden ist, daß sie über den Kreis ihrer Werkstatt hinaus in der Frage des Handwerkerrechts weitere Erfahrungen gesammelt haben. Unbefangenheit hat ja auch einen gewissen Werth für die Gesetzgebung, nur müßten dann die Einrichtungen nicht so getroffen werden, daß alsbald die Befangenheit nach einer Seite hin an die Stelle tritt.

Die Vorarbeiten des Volkswirtschaftsraths sind die Minister, die bestimmen die Tagesordnung, ernennen die Referenten und stellen die Fragen. Wie kann da ein selbstständiges Urtheil sich herausbilden. Die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths konnten sich untereinander noch gar nicht und mußten schon vor der Generaldiscussion einen permanenten Ausschuss wählen, in welchem der Schwerpunkt der einzelnen Verhandlungen fällt. Aus den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Polen ist kein Landwirth in diesen Ausschuss gewählt, vielleicht weil man sonst hätte auf einen Conservativen kommen müssen, der, wie Herr von Meyer gestern tennegisch, die große Schwentung zur Wirtschaftspolitik des Kanzlers noch nicht mitgemacht hat. Man hat statt dessen zwei Sachkenner gewählt, Diebe und von Rathhufen, die bekannten Säulen der Agrarpolitik des Kanzlers. In diesem permanenten Ausschuss waren die Arbeiter nach der Wahl bis auf den Eisenformer Ramin verschwunden. Zur Generaldiscussion von 5 Mitgliedern in diesem Ausschuss hat die Regierung noch 6 Mitglieder ernannt, darunter 2 Handwerksmeister und den Wertheimer aus der Fabrik eines bekannten rheinischen Schützollners. Also auf zwei Handwerksmeister und zwei Arbeiter im Ausschuss reduziert sich die ganze Sachkenntnis in Bezug auf die betreffenden Gesetze. In der That, es muß schon ein großes Unglück passieren, wenn dieser Ausschuss nicht das genaue Echo ist, das die Ansichten des Fürsten Bismarck wiedergibt. Nach den Vorberathungen in diesem Ausschuss wird sich der gesamte Volkswirtschaftsrath als das wohlwollende Echo für die Ansichten des Reichskanzlers darstellen. Als wir noch kein einziges Deutschland besaßen, hatte Preußen gewissermaßen die Aufgabe, für die übrigen Staaten Musterförmungen zu machen, die auf ganz Deutschland übertragbar waren. Dieser particularistisch preussische Volkswirtschaftsrath ist ein solches Muster nach keiner Richtung. Hat er überhaupt eine Bedeutung, so stellt er eine gewisse Ironie des Parlamentarismus überhaupt dar. Jedenfalls ist diese Einrichtung nicht geeignet, das Ansehen der preussischen Institutionen im übrigen Deutschland zu erhöhen.

Abg. v. Minnigerode: Der Abg. Richter hat nun einmal sich und seinen Freunden mit Rücksicht auf die geringe Zahl, in der die Herren hier sind, eine besondere Unparteilichkeit den Aeußerungen des Handelsministers gegenüber vindicirt, dem er gewissermaßen imputirt, daß er eine Kritik des Hauses, wie es zur Zeit ist, habe liefern wollen. Die Zeiten liegen noch nicht lange hinter uns, wo die Zusammenkunft des Hauses eine andere

war und Herr Richter mit seinen Freunden viel mehr Einfluss auf die Mehrheit hatte als jetzt. Auf die Mehrheit von damals und die mit ihr verbundenen Erfahrungen war die Kritik des Reichskanzlers gerichtet und insofern trifft die Unparteilichkeit des Abg. Richter doch nicht absolut zu. Da stellt sich das Ding wesentlich anders. Ich vermag im Augenblick in dieser Beziehung nur folgende flüchtige Notizen zu geben. Im letzten Decennium ist das gelehrte und juristische Element in der Gesetzgebung sehr zusammengeschrunipft; ob zum Nutzen des Landes, stelle ich dahin. Im vorigen Abgeordnetenhaus saßen 178 Beamte, beinahe die Hälfte; was speciell die Juristerei anbelangt, so saßen im Hause 14 Anwälte und 83 Justizbeamte, zusammen 97, beinahe ein Viertel der Versammlung. Der Gedanke liegt nahe, daß sich der Handelsminister gegen die alte Zusammenfassung des Hauses und die aus ihr sich ergebenden Erfahrungen gerichtet hat, aber nicht gegen das zeitige Haus.

Unterstaatssecretär Jacobi: Der Handelsminister hat bei Erröpfung des Volkswirtschaftsraths denselben Gedanken Ausdruck gegeben, die schon früher von dieser Stelle aus ausgesprochen sind. Ich kann dem Abg. Richter in allen seinen allgemeinen Betrachtungen nicht folgen; man ist sich an diesem Tische bewußt, daß die Auffassungen des Abgeordneten mit denen der Regierung nicht übereinstimmen. Eine gelegentliche Bepfropfung beim Tische würde unmöglich zu einer Klärung führen. Bei den verschiedenen Minderheiten, die in Betracht kommen, bei den Verschiedenheiten der einzelnen Landestheile und Industriezweige hat man unmöglich alle Wünsche erfüllen können, die bezüglich der Zusammenfassung des Volkswirtschaftsraths hier und da laut geworden sind. Der Herr Handelsminister legte bei seiner Erröpfung im Volkswirtschaftsrath das Hauptgewicht nicht, wie der Vorredner meint, auf die Landwirtschaft, sondern auf Handel und Gewerbe; auch ist es, was erstere anlangt, unrichtig, daß der kleine Grundbesitz in der neuen Körperschaft nicht vertreten sei; übrigens war die Regierung an Präsentationen gebunden. Den Ausdruck, daß es nicht auf die Zahl, sondern auf das Gewicht der Stimmen ankommt, hat der Herr Handelsminister nicht speciell von den landwirtschaftlichen, sondern bezüglich aller Vertreter im Volkswirtschaftsrath gebraucht. Das ist aber auch durchaus gerechtfertigt.

Der Schwerpunkt liegt bei einer derartigen Körperschaft nicht in der Abstimmung, die den Parlamenten überlassen bleiben muß, sondern in den materiellen Verhandlungen. Können Sie es der Regierung verargen, wenn sie ihre Informationen sucht, wo sie sie zu finden meint? Können Sie sich beschweren, wenn den Parlamenten noch mehr Material vorgelegt wird, als ihnen bisher vorgelegt werden konnte? Wenn der Abg. Richter die nöthige Unbefangenheit des Volkswirtschaftsraths bei seinen Verhandlungen vermisse, so ist er dafür dem Beweis schuldig geblieben. In der sorgfältigsten Weise ist es vermieden worden, abhängige Personen in den Volkswirtschaftsrath einzutreten zu lassen, obgleich die Vorschläge theilweise darauf gerichtet waren, Beamte in denselben zu bringen. In anderen Ländern, wo ähnliche Institutionen sich befinden, werden Sie eine völlig andere Composition finden. Der Volkswirtschaftsrath wird in selbstständiger Weise sein Votum abgeben, und wenn dasselbe zu dem Verlangen der Regierung sich mehr oder weniger zustimmend verhalten sollte, so kann doch daraus kein Schluß auf seine Unabhängigkeit gemacht werden. Ich bitte Sie, lassen Sie die neue Institution unbefangenen wirtschaften, und tragen Sie nicht eine Einseitigkeit von anderer Stelle hinein.

Abg. Windthorst: Ich habe keinen Anlaß, meine früher über den Volkswirtschaftsrath gemachten Aeußerungen zu modificiren. Im gegenwärtigen Augenblick halte ich es aber für inopportun, auf diese Angelegenheit näher einzugehen. Wir müssen der neuen Institution Zeit lassen, durch die That zu beweisen, ob sie wirklich das leistet, was von ihr erwartet wird. Ich glaube nicht, daß der Volkswirtschaftsrath der Bedeutung der Parliamente nachhaltig Eintrag thun kann und wird. Glaubt man in den Kreisen der Regierung aber, daß in den Parlamenten die Interessen des Volkes nicht in richtiger Weise vertreten würden, so wäre es zweckentsprechender, eine Modification in dieser Hinsicht vorzuschlagen, als einen allgemeinen Tadel auszusprechen. Uebrigens wird man geneigt sein, über die Zusammenfassung eines parlamentarischen Körpers je nach seiner politischen Stellung zu urtheilen; ich glaube, auch Richter hat sich in seinem Urtheil in dieser Weise leiten lassen. Seien wir bestrebt, in der Institution eine Aufforderung zu setzen, von mehr theoretischen Anschauungen und fern zu halten und die praktischen Bedürfnisse des Volkes ins Auge zu fassen.

Abg. Knebel erwidert dem Abg. Richter, daß er in dem permanenten Ausschuss befindliche Wertheimer nicht in der Fabrik eines bekannten rheinischen Schützollners angestellt sei, sondern in der eines prononcirten Rheinländers. Er bedauert jedoch, daß das industrielle Saargebiet im Volkswirtschaftsrath nicht vertreten sei und spricht die Hoffnung auf Beseitigung dieses Mangels aus.

Abg. Richter: Die Vertheidigung, welche der Volkswirtschaftsrath hier gefunden, war eine überaus läßliche, sogar, wider Erwarten, von Seite des Herrn von Minnigerode. Mit derselben Rühle hat die gesamte Bevölkerung diese neue Einrichtung aufgenommen. Es ist doch sehr gezwungen von Herrn von Minnigerode, zu meinen, daß Fürst Bismarck das praktische Sachverständigen nicht in diesem, sondern im früheren Abgeordnetenhaus vermehrt habe, der Volkswirtschaftsrath also nur ein Abgeordnetenhaus ergänzen solle, das nicht mehr da ist. Uebrigens unterschneidet sich das gegenwärtige von dem früheren Abgeordnetenhaus nur dadurch, daß in demselben einige Juristen weniger und einige Landräthe mehr sitzen. Die Zahl der Landwirthe hat sich nicht geändert, im Gegentheil haben wir den Verlust einiger Landwirthe zu beklagen, an deren Stelle Landräthe getreten sind. Ob der zweite Arbeiter, der sogenannte Wertheimer in der Fabrik eines Schützollners oder Freihändlers arbeitet, ist gleichgültig. Es kam mir nur darauf an, anzuführen, daß der zweite Arbeiter im permanenten Ausschuss nicht zwei Arbeiter und zwei Handwerker, wie Herr Jacobi mir unterlegte. Der ganze Regierungsbezirk Aachen ist im Volkswirtschaftsrath überhaupt nicht vertreten, während Köln durch fünf Mitglieder vertreten ist. (Zuruf.) Mir wird zugeworfen, Aachen sei als ultramontan, ich habe das nicht gerade ausgesprochen wollen, aber es ist allerdings richtig, daß nur ein Herr aus der Centrumspartei gewissermaßen als weißer Hase sitzt. (Heiterkeit.) Es sind von jeder anderen Richtung nur so viel im Volkswirtschaftsrath, daß auf keinen Fall die unbedingte Majorität des Kanzlers in Gefahr gebracht wird, und es doch das Aussehen gewinnt, als wenn alle Richtungen im Volkswirtschaftsrath zur Geltung kämen.

Das ist alles sehr hübsch zurecht gemacht. Stettin mit seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung ist nur durch den Arbeiter Triloff vertreten, der in Stettin selbst vielleicht sehr unbekannt ist. Die Handwerksmeister und Arbeiter sind ja von Localbehörden vorgeschlagen worden und zwar, wie ich höre, nach Begutachtung durch die Polizeibehörden. Nach welchem Maßstabe schließlich Fürst Bismarck die Auswahl getroffen hat, ist nicht ersichtlich. Gewiß ist es richtig, Sachverständige zu hören, dies ist beispielsweise bei der Enquete über die Textilindustrie seiner Zeit geschehen, aber nachher hat man bei der Ausarbeitung des Zolltarifs für Textilindustrie sich an dieses Gutachten der Sachverständigen nicht gelehrt. Auch ich würde abgewartet haben, wie die Einrichtung praktisch arbeitet, wenn nicht Fürst Bismarck das entgegengesetzte Verfahren eingeschlagen hätte und auffälliger Weise die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths, bevor sie zu arbeiten angefangen, als die wirklichen Sachverständigen des praktischen Lebens begrüßt hätte. Dem Herrn Ministerialdirector muß ja die Vertretung des Volkswirtschaftsraths schwer fallen; diejenigen, welche die Sache persönlich gemacht haben, haben wir auch heute wieder nicht die Ehre, in unserer Mitte zu sehen. Der Kleingrundbesitz ist in der That nur durch einen Hofbesitzer vertreten. Der ganze Mechanismus des Volkswirtschaftsraths ist, wie ich dargelegt habe, darauf eingerichtet, um eine selbstständige unabhängige Meinung nicht zum Ausdruck kommen zu lassen.

Unterstaatssecretär Jacobi: Wenn der Abg. Richter meint, der Handelsminister habe den Volkswirtschaftsrath zuerst wieder in die Debatte geführt, so muß ich fragen: sollte er denn die Herren mit einem stummen Kopfschütteln empfangen, oder halten Sie es nicht vielmehr für gerechtfertigt und notwendig, daß der Minister der neu constituirten Körperschaft die

Gefichtspunkte darlege, von welchen bei deren Verfassung ausgegangen ist. Der Abgeordnete kommt wieder darauf zurück, daß der permanente Ausschuss nur 2 Vertreter der Arbeiter und Handwerker enthalte. Unter den Seitens der Regierung ernannten 10 Mitglieder befinden sich aber noch 3 andere Handwerker, nämlich 1 Schlossermeister, 1 Werkmeister und 1 Bauhilflicher, so daß der Ausschuss 5 Vertreter der Handwerker und Arbeiter enthält. Was die einzelnen hier vorgebrachten Fälle betrifft, so war aus dem Regierungsbezirk Trier nur ein Vertreter präsent, der die Annahme ablehnte. Aus dem Stettiner Bezirke waren zwei präsent, von denen der Eine, ein Straßburger, berufen ist. Es läßt sich darüber streiten, ob die Regierung nicht dem Anderen, einen Stettiner Kaufmann, hätte den Vortritt geben sollen; man würde ihn aber dann vielleicht vorgeworfen haben, daß die kleineren Städte absolut unterrepräsentiert geblieben seien. Was die Meinung des Richters betrifft, die heutige Vertheilung des Volkswirtschaftsraths sei eine tüchtige gewesen, so habe ich f. B. bei der ersten Verhandlung der Angelegenheit in diesem Hause gerade den Eindruck gehabt, der Angriff des Abg. Richter auf diese Institution sei tüchtig gewesen und nicht mit der Energie geführt, die ihm sonst eigen ist.

Abg. Reichensperger (Köln) bedauert, daß der katholische Gesellenverein im Volkswirtschaftsrath nicht vertreten sei.

Abg. Richter: Der Herr Ministerialdirector hat in meiner Kritik des Volkswirtschaftsraths die „Energie des Angriffs“ vermist, die mir sonst eigenthümlich sei. Der Krassaufwand muß doch aber in einem Verhältniß zum Gegenstande stehen (Heiterkeit), ich belächle den Fürsten Bismarck selbst anders wie seinen Schatten, denn in der That ist dieser Volkswirtschaftsrath nur sein Schatten, und kommt es nur darauf an, ihn als solchen vor dem Lande zu beschreiben. Nicht habe ich gesagt, daß im permanenten Ausschuss nur zwei Arbeiter und zwei Handwerker seien, sondern daß die besondere Sachkenntnis für die Unfallversicherung nur durch zwei Arbeiter vertreten sei. Die ganze Vertretung der Millionen von Gesellen beschränkt sich auf einen Stellmacher aus Hildesheim, einen Schreiner aus Rastatt und einen Zimmerpolier aus Marienwerder. Die katholischen Gesellenvereine, so wenig ich ihre politische und religiöse Richtung theile, haben allerdings für das Gesellenwesen etwas geleistet. Das hervorzuheben ist gerade heute an der Zeit, wo man glaubt, Alles durch Gesetzesparagrafen machen zu können. Ein einzelner Mann, wie der verstorbene Kolping, kann mehr thun, als irgend welche neue Gesetzesparagrafen vermögen. (Sehr gut!) Wenn Fürst Bismarck dem Volkswirtschaftsrath etwas Freundliches sagen wollte, so brauchte es nicht gerade auf unsere Kosten zu gehen und ohne den schiefen Seitenblick auf die Beamten und Gelehrten im Parlamente. Allerdings sind auch die Beamten und Gelehrten innerhalb der Regierung in dieser Sache schlecht weggekommen, indessen solche Beurtheilungen sind die Herren schon von ihm gewöhnt (Heiterkeit) und es regt sie deshalb nicht mehr auf. Der Fürst Bismarck hätte um so mehr sich der kritischen Verwertung über die Zusammenfassung des Parlaments enthalten sollen, als er bei der nur scheinbaren Verdrängung, in die er mit dem Parlamente kommt, am wenigsten in der Lage ist, sich über die in dem Parlamente vorhandene Qualifikation ein Urtheil zu bilden. Eine lebendigere Theilnahme an unseren Verhandlungen müßte ihm überzeugen, daß hier weit mehr praktische Kenntnisse als im Volkswirtschaftsrath vorhanden ist.

Abg. Kantak vermisst einen Vertreter der Polen im Volkswirtschaftsrath.

Abg. v. Eyne kann eine Heranziehung der kath. Gesellenvereine nicht empfehlen, da dieselben eine geschickte Organisation der ultramontanen Bestrebungen bildeten und die sachlichen Erwägungen des Volkswirtschaftsraths zu schädigen geeignet seien.

Abg. Cremer weist die Angriffe des Vorredners zurück und betont insbesondere, daß die Gesellenvereine inmitten des allgemeinen Verfalls befruchtend seien, den soliden Kern eines ehrenhaften deutschen Bürgerstandes aufrecht zu erhalten.

Abg. Windthorst constatirt, daß die Ausschließung der Gesellenvereine von der Abrechnung gegen die Katholiken dictirt sei.

Nach Schluß der Debatte erklärt Abg. v. Minnigerode persönlich dem Abg. Richter, daß von einer „tühlen Vertheidigung“ seinerseits keine Rede sein könne, da er sich über den Volkswirtschaftsrath überhaupt nicht geäußert habe.

Beim Stat des Justizministeriums bemerkt

Abg. Schmidt (Stettin): Bei der Verabreichung des Stats des Ministeriums des Innern, Gefängnisverwaltung, wurde nachgewiesen, daß die Zahl der Zivilsträflinge, welchen eine vorläufige Entlassung aus den Zuchthäusern und Strafanstalten gewährt wurde, seit dem Jahre 1873 abgenommen hat. Da bei der Verhandlung weder der Justizminister noch einer seiner Commissäre anwesend war, so erwiderte der anwesende Commissarius des Innern, er müsse Abstand nehmen, auf die Gründe einzugehen, welche für die obere Justizbehörde bei den vorläufigen Entlassungen maßgebend sind und auf Verminderung der Zahl derselben einwirken haben. Es wäre erwünscht, wenn der anwesende Herr Justizminister sich über die Sachlage äußern wollte.

Justizminister Friedberg legt dar, daß in der ersten Zeit nach Emancipation des Reichsstrafgesetzbuchs im Justizministerium bezüglich der vorläufigen Entlassung die Praxis abgewandt hätte, alle dahin gehenden Anträge der Strafanstaltsdirectoren zu genehmigen. Dann ging man in der Annahme, daß dem Gefangenen kein Recht auf vorläufige Entlassung zustehe, sondern nur eine Vergünstigung, dazu über, die Anträge einer individualisirenden Prüfung zu unterwerfen und verlangte zu dem Zwecke Anhaltspunkte dafür, daß der Gefangene auch in der Freiheit sich der Vergünstigung würdig zeigen werde. Bei einzelnen Delicten, bei denen ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls eine milde Praxis nicht geboten schien, wie Meineid, wurde die Vergünstigung nur in den seltensten Fällen gewährt. Die Zahl der Anträge auf vorläufige Entlassung betrug in den Jahren 1871—1880 bez. 2141, 733, 489, 421, 419, 439, 445, 402, 406, 444; die Zahl der Bewilligungen in derselben Zeit bez. 1708, 289, 179, 140, 140, 105, 105, 135, 166.

Abg. v. Uechtritz: Die Bestimmung über die vorläufige Straferlassung ist eine Ausnahmebestimmung, wie ihre Entstehung beweist. Im preussischen Strafbuch hatte die Bestimmung keine Aufnahme gefunden, sie kam erst in das Strafbuch des Norddeutschen Bundes auf Grund einer in Sachsen bestehenden Bestimmung, die dort als eine auf dem Gnadenrecht beruhende administrative Maßregel eingeführt war. Die vorläufige Entlassung hat die Bedeutung einer Vorbereitung für die völlige Begnadigung. Aus den Verhandlungen des norddeutschen Reichstages ergibt sich auch, daß sich viele Sachverständige gegen die Aufnahme der Bestimmung ausgesprochen haben und daß dieselbe nur deshalb zur Annahme gelangte, weil die Entscheidung über ihre Handhabung in die Hand der obersten Justiz-Aufsichtsbehörde gelegt wurde. Die Gesetzgebung hat also nicht entfernt die Absicht gehabt, die Entscheidung über die Anwendung dieser Bestimmung den Gefängnis-Aufsichtsbeamten zu überlassen. Die Berichte dieser Beamten können nur die Grundlage zur Prüfung der Frage abgeben, ob die Sträflinge sich aufgeführt und der Entlassung würdig gezeigt haben. Ich kann dem Herrn Minister nur beistimmen, daß die Dauer der Strafe vom Richter bemessen wird und von der Justiz-Aufsichtsbehörde nicht abgeändert werden kann. Das Entschieden der Gefängnisbeamten ist keineswegs das einzige Kriterium für die Entscheidung der obersten Justizbehörde. Wie wenig zuverlässig diese Entschieden sind, hat der Minister ja schon ausgeführt und ich kann das nach meinen Erfahrungen in der Praxis nur bestätigen. Gerade die hartgesottensten Verbrecher fügen sich der Gefängnisordnung am willigsten, denn sie wissen, daß es ihnen dann am besten geht. Durch Heuchelei und Frömmelerei suchen sie die Gunst der Gefängnisbeamten zu gewinnen. Ich verweise in Bezug darauf auf die bekannte Schrift Mittelstätt, den Ausführungen des Abg. Schmidt kann ich mich nicht anschließen.

Abg. Petri: Die Gerichtsoffiziere beziehen monatlich 180 M. Däten; wie ich vernehme, sollen die Regierungsoffiziere 200 und sogar 250 Mark Däten beziehen. Ich bitte den Herrn Minister, mitzutheilen, ob diese ungleiche Behandlung besteht, und eventuell die Ungleichheit zu beseitigen, für die ich einen inneren Grund nicht finden kann. Man müßte denn annehmen, daß die Verwaltungsbehörden eine Art Prämie bezahlen, um die besseren Kräfte an sich zu ziehen.

Minister Dr. Friedberg: Ich bin in einer gewissen Verlegenheit, denn ich weiß nicht, ob die Däten der Regierungsoffiziere wirklich höher sind als die der Justizoffiziere. Selbst wenn es aber der Fall wäre, könnte ich doch nicht zugeben, daß ich auf die Beseitigung der Ungleichheit hinwirken werde. Diese ablehnende Haltung gegen einen so wohlwollenen Antrag könnte ausfallen. Ich dachte aber, wir könnten den Verwaltungsbeamten eine Erhöhung ihrer Bezüge gönnen, zumal da die Justizbeamten erst vor Jahr und Tag ihnen gegenüber sehr begünstigt worden sind. Es werden etwa 200 Offiziere im Justizdienst beschäftigt, als Vertreter von beurlaubten und erkrankten Richtern. Wollte man die Däten derselben nur um 30 Mark erhöhen, so wäre das eine Mehrausgabe von 70,000 bis 80,000 Mark, und da ich schon so wie so die Dätensätze oft überschreiten muß, möchte ich diesen Weg zu weiteren Ueberschreitungen nicht gern einschlagen. Für die meist noch jungen Offiziere, die noch unberathet sind, genügt auch 180 Mark, um schicklich und billig auszukommen. Ich habe

als Affessor noch für 20 Thlr. monatlich gearbeitet und hielt das für eine sehr angenehme Einnahme.

Hierauf wird der Justizetat genehmigt.

Es folgt der Stat des Ministeriums des Innern.

Abg. v. Minnigerode: Das Haus hat bei der zweiten Verabreichung des Stats eine Resolution angenommen, nach welcher nur die Zweckmäßigkeit der Verbreitung als Maßstab für die Zulassung amtlicher Publicationen gelten soll. In Elbing bestehen zwei Zeitungen, die „Elbinger Zeitung“ mit 7000 Abonnenten und die „Altpreussische Zeitung“ mit, wie man mir berichtet, nur 750 Abonnenten. Die erstere hat also neun Mal mehr Abonnenten als die letztere. Ich verweise bezüglich dieses Verhältnisses auf die amtliche Polliste. Seit der Gerichtsorganisation ist nun dem größeren Organ, der „Elbinger Zeitung“, ein Theil der gerichtlichen Inserate entzogen worden. Ein ähnlicher Einfluß soll auch auf die Gerichtsvollzieher ausgeübt worden sein; diese haben aber aus geschäftlichen Rücksichten ihre Inserate nicht dauernd der „Elbinger Zeitung“ entziehen können. Man versteht in Elbing dieses Verhältniß nicht; der Gedanke liegt nahe, daß vielleicht falsche Notizen über die Verbreitung der beiden Zeitungen die ungerechtfertigte Sachlage erklären. Alles, was der Abg. Richter früher über das Verhältniß der „Posener Zeitung“ zum „Posener Tageblatt“ gesagt hat, trifft noch viel mehr auf die beiden Elbinger Zeitungen zu. Nur daß in diesem Falle das neun Mal mehr verbreitete conservative Organ durch Entziehung der Annoncen geschädigt wird. Ich würde auf diesen Zustand nicht zurückkommen sein, wenn er nicht nach wie vor fortdauerte. Mir liegt hier eine Bekanntmachung vor, welche bestimmt, daß eine Reihe gerichtlicher Inserate für das Jahr 1881 nur in der „Danziger Zeitung“, dem „Staatsanzeiger“ und der „Altpreussischen Zeitung“ veröffentlicht werden sollen. Man muß sich wirklich wundern, daß die große Localzeitung, die „Elbinger Zeitung“, gänzlich übergangen ist, während man die acht Meilen entfernt erscheinende „Danziger Zeitung“ berücksichtigt hat, die allerdings auch ein weit verbreitetes Organ ist. Ich will nicht, daß man irgend ein Organ unterstützt, sondern nur, daß man das alte und zweckentsprechende Verhältniß wiederherstellt, und die Benachtheiligung der Gerichtseingesessenen vermeidet, die notwendig entstehen muß, wenn man das am weitesten verbreitete Organ bei Zulassung von Inseraten übergeht. Ich werde die Sache so lange zur Sprache bringen, bis Remedur eingetreten ist.

Abg. Richter: Wenn die Zahlen, die Herr v. Minnigerode angeführt hat, richtig sind, so müßte ich ihm zustimmen, denn unsere bei der zweiten Lesung gefasste Resolution soll in allen Fällen zur Anwendung kommen. Das Abonnentenverhältniß ist aber sicher nicht richtig mitgetheilt, leider ist unter College aus Elbing durch Krankheit verhindert, hier zu sein, er hat mir aber Mittheilungen gemacht, die ich verwenden soll. Die betreffenden Gerichtsinserate haben wesentlich Interesse für die kaufmännischen Kreise und in diesen ist die „Altpreussische Zeitung“ fast allein verbreitet, die „Elbinger Zeitung“ wird hauptsächlich nur auf dem Lande gelesen. Dazu kommt, daß alle Inserate der „Altpreussischen Zeitung“ auch gratis im „Allgemeinen Elbinger Anzeiger“ Abdruck finden, und das mag für die Verbreitung der Verbreitung mit maßgebend sein. Der Amtsrichter kann aber die erwähnte Bekanntmachung auch gar nicht erlassen haben; in den Fällen, wo die ländlichen Kreise ein Interesse an der Publication haben, ist ausdrücklich verfügt, daß dieselbe auch in der „Elbinger Zeitung“ erfolgen soll. Es ist auch einmal behauptet worden, daß durch die Ausschließung der „Elbinger Zeitung“ ein Grundriss in der Substation für zehn Mark zugeschlagen worden sei. Unser College aus Elbing hat sich die Mühe gemacht, die Acten zu durchforschen, und hat allerdings gefunden, daß ein Grundriss für 10 Mark, aber von dem Haupthypothekengläubiger erstanden worden ist; aber gerade die diese Substation betreffende Annonce ist zwei Mal in der „Elbinger Zeitung“ publicirt worden. Die beiden Nummern des Blattes liegen vor mir, ich bitte, sie einzusehen. Von einer Tendenz bei Zulassung der Inserate ist keine Rede. Es heißt ja auch nicht, daß die Abonnentenanzahl, sondern die Zweckmäßigkeit der Verbreitung für die Verbreitung der Inserate maßgebend sein solle. Ich wünsche, daß eine absolut unparteiische Praxis in dieser Hinsicht geübt werde. Die Klagen aus Posen dauern noch fort, das in Aussicht gestellte Rescript des Ministers hat noch nicht die Wirkung gehabt, daß die Behörden der „Posener Zig.“ die Inserate zuweisen.

Abg. v. Eckardstein wünscht, daß der Minister des Innern dahin werte, daß das zur Bewachung der Corrigendankankt in Strauburg bisher stationirte Militärcomando nicht, wie beabsichtigt, von dort weggezogen werde, da die Sicherheit der Stadt sonst bedroht sei.

Minister Graf zu Eulenburg verspricht, sich dahin bei der Militärbehörde bemühen zu wollen.

Abg. v. Minnigerode: Bezüglich des Elbinger Zeitungsfalls hat sich der Abg. Richter meinen bestimmten Angaben gegenüber nur in allgemeinen Redewendungen bewegt. Nach meiner persönlichen Kenntniss wird die „Elbinger Zeitung“ in jedem Hause Elbings gelesen. Wo die verährten kaufmännischen Kreise Elbings wohnen sollten, wenn nicht in irgend einem Hause Elbings, weiß ich nicht. Daneben muß es auffallen, wenn ein tüchtiger Gerichtsbeamter aus der Mitte der Fortschrittspartei durch Notizen, die doch zu seinen Gunsten geltend gemacht werden, seine Sache hier geführt sieht. Wenn übrigens Richter in Bezug auf Posen noch nicht zufrieden gestellt ist, so mag er sich mit mir trösten, ich bin es in Bezug auf Elbing auch nicht.

Abg. Richter: Rechnet mich der Herr v. Minnigerode denn zur Fortschrittspartei? Ich habe gesagt, daß College Wiedwald aus Elbing die von mir mitgetheilten Thatsachen ermittelt hat. Weiß Herr v. Minnigerode denn, woher der College die Thatsachen hat; ich habe ja gesagt, er hat selbst die Acten durchgesehen. Ich habe es nur für Pflicht gehalten, einen fälschlich angegriffenen Beamten in Schutz zu nehmen.

Abg. von Minnigerode: Die Sache ist doch klar. Richter hat seine Mittheilungen von dem College Wiedwald, und der gehört zur Fortschrittspartei.

Abg. Richter: Das Verfahren des Herrn v. Minnigerode ist so eigenthümlich, daß es doch beleuchtet werden muß. Nichts berechtigt ihn zu der Behauptung, daß der betreffende Beamte seine Sache hier durch die Fortschrittspartei führen lasse. Ich bitte Herrn v. Minnigerode in seinem eigenen Interesse von einem solchen Verfahren Abstand zu nehmen.

Beim Capitel: Strafanstalts-Verwaltung kommt Abg. Windthorst noch einmal auf die vorläufige Entlassung zurück. Im Justizministerium scheint man dieselbe zu sehr vom Standpunkte der Begnadigung zu behandeln. Unter dem jetzigen Minister haben die Entlassungen wieder zugenommen. Redner wünscht eine ausführliche Statistik der Entlassungen und der nach denselben erfolgten Rückfälle, um daran die Nützlichkeit des ganzen Instituts zu prüfen.

Minister Friedberg hält diese Statistik auch für sehr nöthig. Die strenge Handhabung der vorläufigen Entlassungen hat den überaus günstigen Erfolg gehabt, daß in den letzten Jahren nur 2—3 pCt. der Entlassenen wieder eingeliefert werden mußten. Redner hofft, im nächsten Jahre die gewünschte Statistik vorlegen zu können.

Abg. Schmidt (Stettin) hebt hervor, daß die Zahlen des Justizministeriums mit denen des Ministeriums des Innern im Widerspruch stehen. Vom früheren General-Auditeur Fleck seien die meisten Anträge auf vorläufige Entlassung genehmigt worden. Auch aus der Rede des Herrn Justizministers sei eine milde Praxis zu erwarten. Die betreffenden Motive zum Strafgesetzbuch seien dem Abg. v. Uechtritz unvollständig mitgetheilt worden. Ein Hauptmotiv sei die Bewährung der vorläufigen Entlassung in anderen Ländern, namentlich in Sachsen gewesen. In England, wo die Zahl der vorläufigen Entlassenen weit größer, als die derjenigen sei, die ihre volle Strafe verbüßt hätten, wären die Rückfälle bedeutend geringer. Der Abg. Ober-Staatsanwalt Schwarz aus Sachsen habe ausdrücklich die vorläufige Entlassung als ein gutes Geschäft für Sachsen bezeichnet.

Abg. Windthorst: Die vorläufige Entlassung ist von äußerster Wichtigkeit, aber seitens der Aufsichtsbehörden wird das Institut mit einer gewissen Abneigung behandelt. Bei der Legislation war dies jedenfalls nicht beabsichtigt. Die Praxis in den ersten Jahren mag zu milde gewesen sein, der Minister scheint von der zuletzt geübten Strenge wieder zur richtigen Mitte zurückkehren zu wollen.

Abg. Stroffer wünscht, daß die versprochene Statistik des Ministers sich auf jedes Jahr besonders beziehe; man werde dann daraus ersehen, daß, je strenger die Anstaltsdirectionen die Gesuche der Gefangenen prüfen, und dementsprechend ihre Verantwortung auf ein Minimum reducirt, um so weniger das Ministerium geneigt sei, denselben stattzugeben. Die Anstaltsdirectoren seien in Folge des täglich gegen die Heuchelei, Schlauelei und List der Gefangenen geführten Kampfes gewiß nicht so gutmüthig, um sich durch ein äußerlich fehlerfreies Betragen täuschen zu lassen. In Sachsen, England und Odenburg mache man weit mehr Gebrauch. Der Widerspruch in den Statistiken des Ministeriums des Innern und des der Justiz läßt daher, daß letzteres die Anstalten, welche unter ersterem stehen, mit berücksichtigt hat.

Minister Friedberg: In den ersten Jahren des Bestehens der vorläufigen Entlassung haben Justiz- und Verwaltungsbehörden dieselbe zu

milde gehandhabt, dann erfolgte ein Umschlag zur Strenge. Die richtige Praxis wird sich dann ergeben, wenn beide Behörden ihr Verfahren mehr in Einklang bringen. Wenn die eine Instanz strenger sein wird, dann wird die andere milder sein können. Besonders bei den Verbrechern gegen die Sittlichkeit glaube ich, daß Justizministerium viele Anträge zurückweisen zu müssen. Es gehört jetzt vielfach zum guten Ton, über die übergroße Milde der neuen Strafgesetze zu schelten (Sehr wahr! links) und den Richtern eine zu milde Handhabung derselben vorzuwerfen. Dann darf man nicht verlangen, daß das Ministerium durch eine weitere Begünstigung — und eine solche ist die vorläufige Entlassung jedenfalls, mag sie auch nicht zur Begnadigung gehören — diese Milde noch überbiete. (Sehr richtig!)

Ferner liegt zu diesem Capitel ein Antrag des Abg. v. Uechtritz vor: Die Staatsregierung aufzufordern, bei Emancipation des Reichsstrafvollzugsgesetzes ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei rückfälligen Dieben und Betrügnern, bei Landstreichern, bei Verbrechern und Bergehen gegen die Sittlichkeit, bei allen Beschädigungen von Personen oder Sachen, welche von einem besonderen Grade von Rohheit Zeugnis ablegen, die Gefängnisstrafe während der ersten 14 Tage bei Wasser und Brot, mit warmer Kost an jedem vierten Tage, vollstreckt werde; ferner dafür zu sorgen, daß bis zur Emancipation des Reichsstrafvollzugsgesetzes die Befestigung und Verpflegung der vorgeblichen Gefangenen auf das unbedingt nothwendige Maß beschränkt werde.

Der Antragsteller motivirt diesen Antrag damit, daß die Strafe ein Strafmaß und die Zuchthäuser nicht ein bequemer, wünschenswerther Zufluchtsort der Verbrecher sein sollen. (Beifall rechts.)

Abg. Köhler (Göttingen) bekämpft den Antrag, weil er einen unumkehrbaren Eingriff in die Reichsgesetzgebung enthalte und in seinen Einzelheiten den medicinischen und juristisch-technischen Rücksichten, die notwendig zu nehmen seien, keine Rechnung trage. Er beantragt, über den Antrag v. Uechtritz zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Windthorst billigt die Tendenz des Antrages, die beabsichtigte Verschärfung der Strafverfolgung, hält ihn aber in dieser Form für unannehmbar und wünscht deshalb, daß derselbe zurückgezogen werde, damit die Ablehnung nicht als eine Mißbilligung der Tendenz erscheine.

Abg. v. Uechtritz zieht seinen Antrag zurück.

Abg. v. Bodum-Dollfus bringt die beabsichtigte Auflösung des Fräulein-Stifts in Soest zur Sprache. Der diesem Gedanken zuerst gefaßt hat, muß von wenig Beifall gegen den König Friedrich Wilhelm IV. erfüllt gewesen sein, der dieses Institut seiner besonderen Fürsorge würdigte und reich ausstattete. Er sorgte dafür, daß stets Damen von hervorragender Bildung dort versammelt waren, welche im Stande waren, Töchtern höherer Stände eine gute Erziehung zu geben. Schon Friedrich der Große erkannte die gegenwärtige Wirksamkeit dieses Instituts und bestellte seine Statuten in einer feierlichen Urkunde von 1781 — Redner verliest diese, den ihm in dem reich verzierten Original mitgebrachte Urkunde und giebt darauf eine ausführliche Darstellung der Schicksale des Fräuleinstifts in Soest, seiner Auflösung unter der französischen Fremdherrschaft und Wiederherstellung unter Friedrich Wilhelm IV. Während man hier in Berlin sorgsam alles sammelt, was die Erinnerung an die großen Thaten unseres Königsbaues erhält, soll in der Provinz diese schöne Stiftung Friedrich Wilhelms IV. aufgehoben werden. Ich kann keinen zureichenden Grund dafür finden und will von vornherein vorbeugen, daß die Regierung uns nicht mit dem beliebigen Vornahme der vollendeten Thatsache kommt.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Frage, ob das Stift zu veräußern, wird im Ministerium sehr sorgfältig erogen und deshalb seit mehreren Jahren schon mit der Entscheidung zurückgehalten. Eine Probanation des Instituts soll durch die Veräußerung keineswegs erfolgen, sondern umgekehrt der Zweck desselben entsprechende und umfangender erreicht werden. Jetzt enthält das Gebäude nur Platz für drei Conventualinnen; bei einer vortheilhaften Veräußerung könnte eine erhebliche größere Zahl von Damen aus den Institutsmitteln unterstützt werden.

Abg. Windthorst: Ich meine, das Stift ist eine pia causa, die in keinem Falle aufgelöst werden darf. Wenn wir hier Kläglichkeitsregeln walten lassen, so sind alle Institute dieser Art gefährdet. Darum bitte ich den Minister dringend, von diesem Versuche abzusehen, und wenn er die Unterstützung von mehr Damen für erforderlich hält, die Mittel dazu anderweit zu beschaffen zu suchen. Der Abg. von Bodum-Dollfus hat seine früheren Ansichten wesentlich geändert, da es sich um ein protestantisches Stift handelt. Die Veräußerung gegen Friedrich Wilhelm IV. ist anderweit nicht zu berücksichtigen. Derselbe König war der Schöpfer der kirchlichen Gesetzgebung, unter welcher Preußen glänzend war, und die erklärte Absicht des Culturlampes ist es, diese glückliche Periode aus dem Gedächtnis zu tilgen, und der Abg. von Bodum-Dollfus hat dabei erheblich mitgearbeitet. Die katholischen Stifter hat man aufgelöst, die Damen weggejagt und läßt sie in der Fremde verkommen.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Wir werden den Antrag des Abg. von Bodum-Dollfus unterstützen, weil es unser Grundsatz ist, Gerechtigkeit nach allen Seiten zu üben, wie wohl von jener Seite diese im Culturlamp nicht gelbt worden ist. Wo war denn der Abg. v. Bodum-Dollfus und seine Freunde bei dem Unrecht, das uns widerfahren ist? Da haben sie gegen uns gestimmt. Er hat darauf hingewiesen, daß jenes Damenstift große Gebäude und Landbesitzungen hätte. Ja, wenn es sich bei uns darum handelte, dann sprechen die Herren immer von der todtten Hand und ihrer gefährlichen Bedeutung. Daß die Damen gebildet gewesen, armen Mädchen Unterricht erteilt haben, alles das, was der Abg. von Bodum zur Vertheidigung seines Antrages anführt, wurde bei uns als gefährlich bezeichnet. Wenn aber der Herr Abgeordnete darauf hingewiesen hat, daß das Stift ablig sei, so müßte doch dies für Sie auf jener Seite (links) gerade das Bedenkliche sein. Ja, während Fremdberrschaften unsere Klöster und Gesellschaften geschont haben, hat unsere Regierung mit Ihrer Unterstützung den grausamen Weg der Vernichtung derselben eingeschlagen. Wo war denn der Abg. von Bodum-Dollfus, als es sich um die Auflösung eines Damenstifts in Westfalen handelte? Darüber wird doch kein Zweifel sein, daß das, was einmal confiscirt worden ist, niemals dem Zwecke wieder dienen wird, dem es früher diente, und daß mit der Confiscation seitens der Regierung ein Gelockschäft zu machen beabsichtigt worden ist. Was die Aeußerung des Ministers Eulenburg bezüglich des Coeseler Stiftes betrifft, so muß ich gestehen, daß ich von dem Minister einer conservativ sein wollenden Regierung erwarte, daß er das festhält und nicht durch Verkauf ändern läßt, was durch Allerhöchste Cabinetsordre festgestellt worden ist. Wenn einmal eine solche Stiftung besteht, muß gerade eine conservative Regierung für dieselbe einstehen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Nach den reichen Erfahrungen, die mir auf diesem Gebiete zu Gebote stehen, kann ich dem Abg. von Schorlemer sagen, daß es eine große Anzahl von Damen giebt, denen eine größere Wohlthat geschieht, wenn man ihnen Geldunterstützung ohne Wohnung giebt. Daß man Vermögensobjecte, die confiscirt worden sind, für einen anderen Zweck verwendet, als für den sie bestimmt waren, versteht sich doch wohl von selbst. Wenn aber der Abg. von Schorlemer gesagt hat, daß bei der Gesetzgebung in Beziehung auf die Klöster pecuniäre Interessen maßgebend gewesen sind, so muß ich diese Behauptung auf das Entschiedenste zurückweisen und ich glaube, es kann zum Beweise derselben nicht die entfernteste Sache angeführt werden. (Beifall.)

Abg. von Schorlemer-Mst: Wenn, wie der Herr Minister sagt, ein Gelockschäft nicht mit der Confiscation der Klöster beabsichtigt worden sei, so war das Vorgehen der Regierung also nur ein Act der Rache. Wir wollen einmal abwarten, wenn das Sperrgesetz aufgehoben sein wird, wo das Geld hingekommen sein wird.

Minister Graf zu Eulenburg: Wenn der Abg. von Schorlemer wiederum behauptet, die Regierung habe mit der Confiscation der Klöster ein Gelockschäft beabsichtigt, so wiederhole ich meinen Widerspruch und muß das Urtheil darüber der gesammten Öffentlichkeit überlassen.

Beim Stat der landwirthschaftlichen Verwaltung sieht sich der Abg. Schröder (Lippstadt) mit dem landwirthschaftlichen Minister über die Separationen auseinander. Er bedauert, daß der Minister die Durchführung derselben als eine Vergewaltigung ganzer Volksschichten bezeichnet habe. Redner bedauert ferner, daß die landwirthschaftlichen Mittelschulen dadurch, daß sie die Berechtigung zum einjährigen Dienst bei der Absolvierung gewahren, aus Fachschulen in allgemeine Bildungsanstalten umgewandelt seien, da es den Weissen nicht daran liegt, Landwirthe zu werden, sondern nur die Qualifikation für den einjährigen Dienst zu erreichen. Er bittet in dieser Beziehung um Abhilfe. Jedenfalls aber sollten diese Schulen nicht in das Ressort des Cultusministers übergehen; man sollte lieber daran denken, die Elementarschullehrer unter den landwirthschaftlichen Minister zu stellen. (Heiterkeit.)

Minister Dr. Lucius ist mit dem Redner bezüglich der Separationen völlig einverstanden, glaubt aber, dieselben in den Landestheilen, wo „gewisse Vorurtheile“ dagegen beständen, nicht gemaltam durchzuführen zu sollen. Daß die landwirthschaftlichen Mittelschulen den Charakter der Fachschule verlieren, liegt hauptsächlich daran, daß die Reichsmilitärverwaltung an der Forderung der Kenntniss zweier Sprachen für die Berech-

314 15 413 500 19 80 662 770 88 96 872 919 24 80 95,059 7

de 1875 55%. L'unique Anleihe de 1863 13. Spröc. fund. Amerikaner

ist hier eingetroffen.

1873 9½%. Türkische Anleihe de 1865 13. 5proc. fund. Amerikaner

Newyork, 1. Febr. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Donau“ ist hier eingetroffen.

Fonds- und Geldcourse.			Wechsel-Course.		
Deutsche Reichs-Anl. 4	100,70 bz		Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3	168,60 bz
Consolidirte Anleihe 4 1/2	105,40 bz		do do	2 M. 3	168,90 bz
do. do. 1870 4	100,80 bz		London 1 Lstr.	8 T. 3 1/2	20,465 bz
Staats-Anl.	100,25 G		do. do.	3 M. 3 1/2	20,315 bz
Staats-Schuldenscheine 3 1/2	97,90 bz		Paris 100 Fres.	8 T. 3 1/2	80,85 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 3 1/2	151,00 B		do. do.	2 M. 3 1/2	80,45 bz
Berliner Stadt-Oblig. 4 1/2	104,30 bz		Petersburg 100 SR.	3 W. 6	211,80 bz
do. Berliner	104,20 bzB		do. do.	3 M. 6	210,60 bz
Pommersche	90,60 G		Warschau 100 SR.	8 T. 3	212,50 bz
do. do.	92,60 bz		Wien 100 Fl.	8 T. 4	172,30 bz
do. do.	102,60 G		do. do.	2 M. 4	171,40 bz
do. Ldsch. Cred. 4 1/2	—				
Pfandb.					
do. Posensche u. s. w. 4	99,70 bzG				
Schlesische	—				
Ldschaftl. Central 4	100,10 G				
Kar.-u. Neumark. 4	100,20 bz				
Pommersche	100,10 G				
Posensche	100,00 bzB				
Preussische	100,10 G				
Westfal. u. Rhein. 4	100,25 G				
Sächsische	100,30 bz				
Schlesische	100,00 B				
Badische Präm.-Anl. 4	135,00 bzB				
Bayerische Präm.-Anl. 4	137,00 B				
do. Anl. v. 1875 4	100,60 B				
Cöln-Weid. Präm.-Anl. 3 1/2	130,10 etzbz				
Sächs. Rente von 1876 3 1/2	78,75 G				
Hypotheken-Certificates.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Krupp'sche Partial Obl. 5	108,40 B		Divid. pro 1879 1880		
Unk. Pf. d. Fr. Hyp. Bk. 4 1/2	103,00 B		Aachen-Mastricht	3/4	— 4 35,50 bzG
do. do.	102,90 bzG		Berg.-Märkische	4 1/4	— 4 114,40 bzG
Deutsche Hyp.-Bk. Pf. Bk. 4 1/2	101,75 bzG		Berlin-Anhalt	5	— 4 118,40 bzG
do. do.	103,50 B		Berlin-Dresden	4	— 4 18,70 bz
Unkdr. Cent.-Bod.-Cr. 4 1/2	—		Berlin-Görlitz	0	— 4 24,00 bzG
do. rückbz. a 110 5	105,90 bz		Berlin-Hamburg	12 1/2	— 4 227,50 bzG
do. do. (1872) 5	112,25 G		Berl.-Potsd.-Magdb.	4	— 4 —
Unk. H. d. Pr. Bk. Ord. 5	106,50 bz		Berlin-Stettin	4 3/4	4 3/4 116,75 bzG
Kündh. Hyp.-Schuld. do. 4 1/2	102,60 bz		Böhm. Westbahn	6	— 5 109,50 bzG
Hyp. Anst. Nord-G.-O.B. 5	100,60 G		Bresl.-Freib.	4 3/4	— 4 189,20 bz
do. do. Pfandbr. 5	99,50 B		Cöln-Minden	0	6 3 150,90 bzG
Pomm. Hypoth.-Briefe 5	107,00 B		Düsseldorf-Wesb.	6	6 165,50 bzG
do. do. II. Em. 5	102,90 bz		Gal. Carl-Ludw.	0	4 120,25 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5	120,00 bz		Halle-Sorau-Gub.	7, 7 3/8	— 4 25,60 bzG
do. do. II. Em. 5	118,40 bz		Kaschau-Oderberg	4	— 4 58,25 bzG
do. 50 Pf. r. Kzbl. m. 110 5	108,25 bzG		Kr. wip. Radolfz.	5	— 5 71,40 bzG
do. 4 1/2 do. do. m. 110 4 1/2	104,09 G		Magdeb.-Borb.	9	4 202,50 bzG
Meininger Präm.-Pfd. 4	120,50 bzG		Märk.-Posener	0	— 4 30,10 bz
Pfbd. d. Ost-Bd.-Cr.-G. 5	100,25 bz		Magdb.-Halberst.	6	6 150,00 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr. 5	104,60 G		Mainz-Ludwigsh.	4	— 4 94,60 bz
do. do.	104,75 B		Niedersäch.-Märk.	4	4 100,10 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdbr. 5	143,70 bz		Oberschl. A. C. D. E.	9 5/8	— 3 1/2 197,50 bz
do. do.	142,40 G		do. B.	9 5/8	— 3 1/2 159,20 G
Ausländische Fonds.			Oesterr.-Fr. St.-B.	6	— 4 481,90-80,50
Oest. Silber-B. (1 1/2) 4 1/2	63,60-70 etzbz		Oest. Nordwestb.	0	— 4 328,00 bzG
do. (1 1/4) 4 1/2	63,60-70 etzbz		Oest. Südb. (Lomb.)	0	— 4 176,50-77,60
do. Goldrente	76,30 bz		Oesterr. Südb.	0	— 4 44,75 bzG
do. Papierrente	62,60 etzbz				